

*Minister Konferenz*

Genossenschaftsmitglied Stein beim Ackerbauminister bezüglich der Verordnung über den Verkauf der Hasen im Balg vorgesprochen und diesen auf die Unhaltbarkeit der Verordnung aufmerksam gemacht habe. Daraufhin habe der Ackerbauminister die Deputation zur Gemeinde geschickt mit der Weisung, die Gemeinde solle in der Angelegenheit Anträge stellen, entweder auf Aufhebung oder auf Erhöhung der Höchstpreise. Darauf habe er, der Bürgermeister, dem Ackerbauminister mitgeteilt, die Gemeinde habe doch bereits in einer Resolution erklärt, daß diese Verordnung undurchführbar und für Wien schädlich sei. Die Gemeinde lehne daher jede weitere Maßnahme ab.

Bezüglich der Mehlfraße teilt der Bürgermeister mit, daß der größte Teil der in der vorigen Sitzung referierten Maisbeschlagnahme durchgeführt sei. 700 Waggons seien bereits beschlagnahmt, 300 stehen noch aus. Er habe mit der Schoeller-Mühle einen Mahlvertrag geschlossen, das Kilogramm Mais käme auf zirka 32 h zu stehen, also um 2 h billiger als der Höchstpreis. Aus dem beschlagnahnten Maisquantum seien zirka 300 Waggons Mehl zu erhalten, die restlichen 200 Waggons Kleie und Streu würden zum Verfüttern und zu anderen Zwecken verwendet werden.

In der nächsten Woche werde mit der Vermahlung begonnen und hierauf werde er mit den beteiligten Korporationen über die Art der Verteilung beraten. Er habe auch Maßnahmen zur Propagierung des Maismehles getroffen; auf der Rückseite der Straßenbahnkarten werden Kochrezepte mit Maismehl abgedruckt, ebenso werden in den Geschäften der Gemischtwaren-Verkleißer Kochrezepte plakatiert.

Er konstatiere mit Genugtuung, daß durch diese Maisbeschaffung ein Akt der größten Fürsorge geschaffen wurde. Der Vorrat dürfte auf sechs bis acht Wochen reichen, im Frühjahr werde er eine weitere Beschlagnahme des Neumais veranlassen.

Von dem von der Regierung angesagten Mehl seien zirka 20 Waggons angerollt. Er glaube, nach menschlicher Voraussicht könne für die nächsten Wochen notdürftig das Auskommen gefunden werden.

Die Mehlfraße habe sich in der letzten Zeit sehr zugespitzt, namentlich durch Preistreiberien von Zwischenhändlern. Der reelle Handel mit Mehl habe überhaupt aufgehört.

An Winkelbörsen in verschiedenen Kaffeehäusern Wiens sei Weizenmehl um 100 K gehandelt worden. Er habe einen Agenten ausgesandt zur Erhebung, wo in Niederösterreich noch Getreide vorhanden sei. Es solle konstatiert werden, daß in Niederösterreich nichts mehr zu beschlagnehmen sei. Dadurch werde das Petit der Konferenz, daß in Böhmen und Mähren beschlagnahmt werde, dringender erscheinen. Er habe zu Erhebungszwecken einen Agenten auch nach Budapest entsendet, von demselben aber bis heute keine Antwort erhalten. Die Gemeinde müsse den Nachweis erbringen, daß sie alles aufgebote habe, um der Mehlfalamität zu steuern.

Von verschiedenen Seiten bestehe Besorgnis in Bezug auf den Genuß von Maismehl, namentlich im Ministerium des Innern. Nach einem Gutachten des Ober-Stadtphyfikus und des Professors H o d a u f könne er versichern, daß gegen das Maismehl, wenn es aus getrocknetem Mais erzeugt wird, kein Bedenken besteht. Die „Bellagra“ sei auf den Genuß von verdorbenem Maismehl, auf die Wohnungsverhältnisse und auf den Pauperismus der istrianischen Bevölkerung zurückzuführen.

Marktamt-Direktor Bauer führt aus, daß der reelle Handel mit Mehl seit drei Wochen aufgehört habe. Ein reeller Händler könne mit den unreellen Händlern nicht in Konkurrenz treten. Letztere bieten Auszugmehl mit 95 bis 100 K an. Dieselbe Partie Mehl werde von drei bis vier Agenten angeboten, das Geschäft spiele sich in Kaffeehäusern ab, das Mehl sei nicht in Wien und werde telegraphisch von Mähren oder Ungarn bestellt. In der Inneren Stadt kamen 11 solche Fälle zur Anzeige. Im IX. Bezirke haben Flüchtlinge große Vorräte angesammelt, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und vom Bezirksamte die Ausfolgung eines Gewerbebescheines verlangt. Über Weisung der Statthalterei mußte dem Ansuchen Folge gegeben werden. Vollkommen eingestellt seien 25 Bäckereibetriebe in Wien, von den übrigen erzeuge die Hälfte Weißgebäck.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß er einverstanden sei, daß mit den strengsten Maßregeln gegen diese Zwischenagenten vorgegangen werde. Doch sei er der Meinung, daß auch diejenigen, die die Vorräte solange zurückhalten, sich derselben Handlungsweise schuldig machen.

Die Verordnung über die Höchstpreise sei mangelhaft, es müßte eine oberste Grenze geben, z. B. 3 bis 4 K über dem Höchstpreis. Die Preise steigen jedoch fortwährend, deshalb die Zurückhaltung. Es fehlt die der Situation angepaßte Großzügigkeit in der Beschlagnahme.

Gem.-Rat Dr. Hein richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob bekannt sei, in welcher Weise in Ungarn die Requisition erfolge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er habe dem Ackerbauminister die Verhältnisse geschildert und die Forderung gestellt, es sollen in beiden Reichshälften die Vorräte festgestellt werden. Der Ackerbauminister erklärte, dazu seien Verhandlungen mit Ungarn nötig.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß wohl mürbes Gebäck erzeugt werde, doch sei dieses aus demselben Material wie das andere; es sei dies bloß eine Verteuerung des Gebäckes. Eine Verschwendung von Feinmehl sei nicht zu befürchten. Die Regierung stehe der Mehlfraße energielos gegenüber. Die Verhandlungen haben keinen Zweck, die österreichische Regierung stehe der ungarischen machtlos gegenüber. Ob die von der Handelskammer gebildete Einkaufs-Kommission etwas erreichen werde, sei fraglich. Die Deklaration der Vorräte habe kein Ergebnis gebracht. Alle Bemühungen bei der Regierung seien zwecklos. Die Gemeinde müsse sich eben selbst helfen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß von der Regierung in der Sache der Fürsorge für die Zivilbevölkerung nichts mehr zu erwarten sei. Die Mehlfalamität sei auf eine administrative Maßregel T i s z a 's zurückzuführen. Mehl werde einfach zum Transport auf den Bahnen nicht angenommen. Ein Gang zur Regierung nütze nichts. Die Lage spitze sich derart zu, daß die Bevölkerung zu anderen Mitteln greifen werde. Er sei überzeugt, daß in Ungarn Mehl genügend vorhanden sei. Er frage den Bürgermeister, ob es richtig sei, daß der Preis für das von der Regierung abgegebene Mehl mit 74 h festgesetzt worden sei.

Der Bürgermeister erklärt, es sei ihm von der Regierung kein Preis bekanntgegeben worden, er habe für den Wagon eine Kaution von 7000 K gestellt. Vor einigen Tagen habe er folgenden Erlaß der Statthalterei erhalten: